

Zaltesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1916 Nr. 388

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 209

Zweite Ausgabe

Anzeigerpreise für die sechsgehaltene Sonntags- oder deren Raum 30 Pfennig. Kleinanzeigen im Schluss der redaktionellen Zeit bis zum 10. Pfennig. Anzeigenpreise bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Redaktionsbüro für Halle a. S., Poststr. 2, 35. Durch die Post bezogen 3,20 M. für das Vierteljahr, 12,00 M. für das halbe Jahr, 24,00 M. für das Jahr. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Poststr. 2, 35. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Poststr. 2, 35. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Poststr. 2, 35.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Poststr. 2, 35. Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsstunde: Schriftleitung 5810, Geschäftsstelle 5808 und 5809.

Sonnabend, 19. August 1916

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. Fernruf 3111. Schriftleitung: Poststr. 2, 35. Fernruf 7801.

Eingreifen türkischer Truppen in Ostgalizien

Die Lage in Rumänien

Berlin, 19. August. In einer Unterredung, die ein Mitarbeiter der „R. Ztg.“ mit einem rumänischen Staatsmann hatte, erklärte dieser, dass er besonders gut informiert angesehen werden darf, über die augenblickliche Lage in Rumänien, während das April-Abkommen zwischen dem Mittel- und dem Rumänien-Vertragspartei durchzuführen sei, sei am 16. August der neue Vertrag mit Rumänien über beträchtliche Mengen von Getreide und Zementen einmündig zum Abschluss gelangt. Zu den Gerüchten über eine angebliche erste Verwarnung der Mittelmächte an Rumänien könne er erklären, dass eine solche seines Wissens nicht erfolgt sei. Nach heute keine Veranlassung dazu vorzuliegen. Man wolle in Zukunft sehr wohl, dass die Mittelmächte einen Durchmarsch russischer Truppen als Preisgabe der Neutralität ansehen würden, und habe innerhalb der rumänischen Regierung daraus die erforderlichen Schlüsse gezogen. Wenn daher ein Reichsdeutscher Vorschlag seinen unangenehmen Charakter nehme, so könne sein erster Grund zur Zurückweisung vorliegen.

Bukarest, 16. Aug. Als Antwort auf die Angriffe von der nationalistischen Presse über seinen Eintritt in die Margharonianische Partei veröffentlicht General Sereniu ein „Stoaqu“ einen Brief, in dem es heißt: Wenn man ihm vorwerfe, dass er für herkömmliche Neutralität sei, so wolle er daraufhin, dass man auch selbsthaftig für die Neutralität kämpfen könne. Das er übrigens kein unbedingter Neutralist sei, beweisen seine Schriften und seine Vorlesungen lange Zeit. In diesem Sinne sei sein Eintritt in die Margharonianische Partei auch seine Verurteilung seiner Vergangenheit. Denn aber, die ihm eine Lektion im Patriotismus geben wollen, wolle er auf die Aufgabe hin, dass er heute die Truppe ebenso arm verfolge, wie er es vor vierzig Jahren getan habe. In der politischen Partei sei er nicht, um den Kampf in gleicher Art zu dienen wie bisher. Die Verbindung, das er Parteimitglied gewesen sei, wolle er mit der Bemerkung zurück, dass er vor einem Minister war, ohne sich zu der Stelle gedrängt zu haben.

Die „Times“ über die allgemeine militärische Lage

London, 18. August. Die „Times“ bringen einen Bericht über die allgemeine militärische Lage. Das Blatt schreibt: Die Militärsicht über den Krieg zu einer einzigen Kampagne geworden ist. Wir haben noch einen ähnlichen Zeitraum von 3 Monaten vor uns, und wenn wir diese Zeit über mit aller Energie durchbringen, müssen wir innerhalb dieses Zeitraumes neue Zielungen erleben, welche die Wiederernahme der gemeinsamen Operationen im nächsten Frühjahr sehr vereinfachen werden. Die Deutschen sind sich dieser Gefahr bewusst, es sind allerlei Gerüchte über unsere Absichten im Umland, die aber alle unbegründet sind. Das einzige, worauf die Militärsicht ausgeht, ist, die Deutschen zu bekämpfen. Die Schlacht an der Somme bringt uns noch mehr Vorteile, jede Woche erzielen wir Erfolge, die wir zu behaupten vermögen.

In Galizien ist von Bothmer im Stande gewesen, sich einer Umsingeln zu entziehen. Wir erwarten dort keine dramatischen Ereignisse. Der Feind vermag sich noch zu behaupten, wenn seine Streitkräfte auch vermindert sind. Die Art, wie der Feind von Zeit zu Zeit neue Verteidigungsstellungen aufnimmt, gestattet nicht den Schluss, dass der Rückzug in Nacht ausarten wird.

Das charakteristisch an den Kämpfen der Russen in Galizien ist, dass sie Russen ohne Pause auf den Feind loskämpfen. Im Nord gewinnen die Italiener langsam Raum, aber es wird noch lange dauern, bis die Bagarreierungen zu einem weiteren entscheidenden Wendepunkt überführt sind. Der Feind ist noch immer in der Nähe der Höhen nördlich und westlich der Schlacht von Tinnio, und es ist nicht leicht, ihn von dort zu vertreiben; indessen sind Anzeichen dafür vorhanden, dass sich das Tempo der Kämpfe an der ansonsten in der Front beschleunigen wird.

Ein Jugoslawend in der großen Verleste der Engländer

Im englischen Unterhaus legte Lord Robert Cecil auf eine Frage, die Satz an der Balkanfrage, die die Engländer heute als viel wichtiger betrachtet werden. Er sagte auf die Frage, inwiefern der Vertrag in Frankreich wären die diplomatische in Paris in Anspruch genommen, dass es im Mittelmeer daran fehle; aber die Lage habe sich inzwischen geändert.

Der neue britische Gesandte beim päpstlichen Stuhl

London, 18. Aug. Graf Salis ist an Stelle von Sir Henry Howard zum britischen Gesandten beim päpstlichen Stuhl ernannt worden.

Der österreichische Generalkstabsbericht

Wien, 18. August. Amlich wird verlautet: **Russischer Kriegschauptk** **Seeresfront des Generals der Kavallerie** **Geschwader**

Bei der Erstürmung des Berges Stara Dabanya haben die verbündeten Truppen 200 Gefangene, zwei Wagnisse in geheimer eingebracht. Schicksal von Dora, auch in der österreichischen Front, die bei der Truppe des Generals Grafen v. Balthasar eingetretene kaiserlich-ottomanischen Truppen während Angriffsbereitete zurück. **Seeresfront des Generalfeldmarschalls** **v. Hindenburg**

Bei der Truppe des Generalobersten v. Böhm-Ermolli hat sich der General in den letzten Tagen zu schwache Nachrichten geholt, dass er gestern in voller Ruhe verharre.

An der westlichen Front erfolgreiche Streifungen.

Italienischer Kriegschauptk **Das feindliche Geschwader gegen unsere neue Front im** **Grazzini hält an. Abwehnen von einem abweichenden** **Angriff der Italiener gegen die Höhen südwestlich von Sen** **Grado di Merona kam es zu keinen Infanteriekämpfen.**

Südschlicher Kriegschauptk **Bei den f. und k. Truppen unverändert.**

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkstabs. **v. Döber, Feldmarschallleutnant.**

Italien ist unzufrieden mit Runcimans Verhandlungen

Vogano, 18. Aug. Die „Tribuna“ bekennt allgemeine Unzufriedenheit mit den Verhandlungen mit Runciman; besonders betraf sie die von Runciman vorgebrachten Gründe für die phantastischen englischen Anforderungen. Die von Runciman genannten Forderungen hätten die „Tribuna“ nicht überzeugt; man brauche nur die englischen Finanzverhältnisse, die täglich mit hunderten Millionen die wichtigsten Wirtschaftsgüter der englischen Schiffahrtsgesellschaften seien, um zu begreifen, dass sogar selbst englische Kriegsschiffe, welche in Gewissensfragen nicht leicht zu einem Wandel überreden lassen, an der Weltmacht der englischen Flotte herangebracht werden und die Weltmacht am Wohlstand erfinden. Sie ungenügende Kräfte seien, auch auf eine harte Restimmung in der Regierung zu streifen hin, welche unter bestimmten Umständen noch zu Überforderungen führen könnte, nämlich zu einem Steckenbleiben der großen einsetzenden russischen Flotte.

Nach einer Meldung aus Rom soll der Kontraktionsminister Ruffini ein Rundschreiben an sämtliche italienische Schulen, Gymnasien und Universitäten geschickt haben, in welchem hervorgehoben wird, dass von auslandsgewinnender Wirtschaft in diesem Krieges lediglich der Verbrauch großer Munitionsmengen ist. Er fordert daher in seinem Schreiben die Schüler und Studenten auf, bei der Herstellung von Munition mit Hand anzulegen.

Die Zukunft Polens

London, 18. August. Was Petersburg wird dem „Deuts Telegramm“ gemeldet: Seit einigen Tagen wird eine Regierungserklärung über die Zukunft Polens allgemein erwartet; sie kann nicht länger mehr ausbleiben. Die Zeit ist gekommen, um eine freie Entscheidung dieser Angelegenheit zu ermöglichen. Die Wähler haben unbedeutend schreiben dürfen, dass während die Polen im Polen bis heute nur unbestimmte Versprechungen gemacht hat, Deutschland ihnen bereits verheißene politische Rechte verweigert, die sie ihnen zugesichert haben. Aus der Tatsache und der, dieser Versprechungen kann man schließen, dass die russische Regierung den Mittelmächten bei der Bestimmung der Autonomie Polens zuwiderkommen wird. Die Angelegenheit wurde zum ersten Male in einem Rundschreiben des Ministeriums des Innern an seine lokalen Agenten behandelt, in dem gesagt wird, dass die Polen jetzt geneigt seien, die Pläne der Regierung bezüglich ihres Landes zu begründen. Einflussreiche Führer in russisch-Polen haben dem widersprochen, und vielleicht war es auch der Zweck des Rundschreibens, Widerspruch hervorzuheben. Karawitsch, der Führer der polnischen Partei in der Duma, schreibt: Polen kann seine Zukunft allein von sich selbst erwarten. Er ist die Anzahl der Bewohner Russisch-Polens, welche für den Kriegsdienst tauglich sind, auf 1.200.000 Mann.

Die Aniedlung unserer Kriegsbeschädigten im eigenen Heim

Der Dank des Vaterlandes gilt besonders denjenigen, die im Kriege Gesundheit und Glieder derart eingeeißelt haben, dass ihre Erwerbstätigkeit beeinträchtigt ist. Mittel und Wege sind erdacht worden, um diesen Kriegsbeschädigten wieder anzuhelfen, ihre Gesundheit zu heilen und ihre Arbeitskräfte zu heben. Denn wir wollen noch diesen Krieg unsere Anwalde mit der öffentlichen Wohlfahrt aussetzen oder gar mit den Seierfassen sich durchsetzen lassen.

Der Staat hat schon jetzt die Pflicht erachtet, für die Zukunft der Kriegsbeschädigten zu sorgen. Die Rente allein genügt meistens nicht, dem Anwalde seine bisherigen Lebensverhältnisse zu ersetzen. Das erste wird daher sein, ihn der Leistung der Städte zu entziehen und ihn auf dem billigen und seiner Gesundheit dienlicheren Lande anzusiedeln. Der Gedanke war für viele fideel schon während des Krieges sehr verbreitet, aber für die meisten nicht ausführbar. Die lokale Industrie des Meides hat ihn für mehrere Kriegsbeschädigten zum Dank für ihre Opfer an das Vaterland nimmere ausführbar gemacht. Auch ohne eigene Erwerbsmittel oder Vermögen zu besitzen, ist für den Kriegsbeschädigten die Frage, woher soll ich das Geld nehmen, um mir ein Stückchen Land zu kaufen und darauf ein Stückchen anbauen? gelöst. Der Staat selber reicht ihm seine helfende Hand, und Vereine wie der Deutsche Verein Arbeiterheim zu Halle bei Halle, haben sich gegründet, um dem mittellosen Kriegsbeschädigten, der sich ansiedeln will, vertriebsfähige Parzellen zu sein. Es ist beifalls gelöst, die sich mit Ernst und Liebe eine eigene Scholle und ein eigenes ländliches Heim errichten wollen, statt ihrer Rente eine einmalige Kapitalabzahlung erhalten können. Wesser ist es aber, die Kriegserente sich ungenügend zu erhalten, um mit ihr, dem landwirtschaftlichen Ertrage und dem Arbeitsverdienst die Mittel zu beschaffen und das geliebte Kapital langsam abzurufen. Denn ebenfalls der Staat hat durch das Gesetz dafür gesorgt, dass dem Anwalde 90 v. S. des Kapitalwertes vom Rentensatz an vorbestimmt werden, so dass er nicht an einen beliebigen und unbedingten Geldverbraucher sich zu wenden braucht. Die Rentenkonferenzen liefern ferner das Baugeld und gewähren jede Erleichterung bei der Rinszahlung und Abzahlung. Mit dieser Hilfe sollen Kriegsbeschädigte und Kriegsbeschädigte, die sich dazu eignen, d. h. solche, die ländliches Leben und ländliche Arbeit lieben und mit einem Ernst ihre Scholle bearbeiten und aus ihr herausziehen wollen, was nur herausziehen ist, und — was ganz besonders wichtig ist — deren Frauen mit ihnen in diesem stillen still einfinden, in eigenen Einfamilienheimen auf eigener Scholle ansiedeln werden.

Stellen wir jetzt einmal die Kosten einer derartigen Aniedlung zusammen. Ein Häuschen auf dem Lande mit 4 bis 5 Zimmern, Küche, Diele, Stall und Vorgarten kostet etwa 4000 Mark. Der Grund und Boden ist bis 1500 Mark zu haben. Die Ausgaben für Strofsenlage, Entwässerung, Brunnen, Zäuner, Einfriedigung und Aufschüttung des Grundes betragen zusammen 700 Mark. Das macht insgesamt 6000 Mark. Nach dem Gelebe wird der Anwalde neun Zehntel der Gesamtkosten vom Staat durch die Rentenkonferenzen bekommen, und er selbst hätte ein Zehntel, also etwa 600—700 Mark, aufzubringen. Diese 600—700 Mark kann der Kriegsbeschädigte ebenfalls vom Staat erhalten, wenn er sich unterbinden erklärt, dass damit ein Teil seiner Kriegserente abgeführt wird.

Der große Vorteil eines solchen Rentenkaufes besteht darin, dass der meist mehrerbare Anwalde nicht mit Privatgläubigern zu tun hat, sondern mit dem Staate, und dass die Zinsen und zuletzt die Abtragung der Schulden mit dem Steuern eingezogen werden und zwar in der Art, dass die ganze Schuld in 56 Jahren getilgt ist. Für ein Haus, wie oben beschrieben, würde der Anwalde für Zinsen und Abschaffung jährlich 257 Mark aufzubringen haben. In Berücksichtigung ist dabei aber, dass die Familie einen Garten und eine kleine Viehzahl hat, deren Wertesatz auf mindestens 200 Mark jährlich einseitig werden kann. Bringt man diese in Abzug, so würde der Kriegsbeschädigte tatsächlich für 157 Mark jährlich wohnen und für diesen außerordentlich billigen Preis ein eigenes Heim, seinen eigenen Garten und eine sichere und gesunde Heimat für sich und seine Kinder haben. Die Stadt kann ihm ähnliches nicht im entferntesten bieten.

Es ist Deutschland das Land, das mit seiner sozialen und förderlichen Fürsorge für seine im Kriege gelittenen tapferen Kämpfer völlig im Klaren ist, und sie bereits gelöst hat.

Auf dem rechten Wege

Wie es mit uns stünde, wenn wir nicht mit aller Macht dahin getrebt hätten, uns in unserer Verfolgung mit Beschränkungen, vor allem mit Geld und Brot, von einer Verfolgung durch das Ausland möglichst unabhängig zu machen, leuchtet jedem ein, der am Kriege zu lernen vermag. Wir würden, wie das auch der national-liberale Abgeordnete Dr. Wirth (Gien) in einem Vortrage vor dem „Industrie-Klub zu Dülferdorf“ offen ausgesprochen hat, trotz aller militärischen Erfolge dennoch der Nahrungspolitik, die Grund und Boden des Vaterlandes gegen uns bedrückt, ebenso zum Opfer fallen. So ergibt sich die zwingende Ueberzeugung aus dem Kriegsergebnisse, daß nur die Politik als höchstgütig anzusehen ist, die darauf abzielt, die inländische Erzeugung der für die Versorgung unseres Volkes nötigen Lebensmittel sicher zu stellen. Eine solche Politik wird gewährt durch das von Deutschland 1899 unter Bismarcks Führung angebotene und dann noch weiter ausgebauten Solidaritätssystem, das es uns ermöglicht hat, im Kampf gegen eine Welt von Feinden auszuhalten. Selbst ein Sozialdemokrat, Julius Falck, bezeugte, daß wir damit auf dem rechten Wege wendeten. Er dreht die glückliche Verteilung zwischen Handel und Industrie, die dem deutschen Wirtschaftsbau die breitere und festere Grundlage gibt. Die Erhaltung der Produktionskraft unserer Landwirtschaft ist selbst die Zahlung eines hohen Preises wert gewesen und bedingt die Bereicherung der Grundbesitzer neuer Wirtschaftspolitik, die die Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Kraft sichert. Demgemäß ist die Stellung der Landwirtschaft fortan nicht mehr als Frage einer Erwerbsfrage, sondern als Angelegenheit der Nation zu behandeln. — Ein bißchen sind wir eben alle glücklicher geworden, wie es vor etwa Jahresfrist in der „Nürnberger Zeitung“ zu lesen stand, und es war daran die Hoffnung geknüpft worden, daß die Veränderung unserer deutschen wirtschaftlichen Eigenart (eine starke Landwirtschaft als Grundlage eines starken industriellen Aufbaus) und die Dauerhaftigkeit des freibürgerlichen Ideals die parteipolitische Färbung der wirtschaftspolitischen Gegenstände abdämpfen und eine vernünftige Zweckmäßigkeit bringe an ihre Stelle setzen werde.

Unter demselben Gesichtswinkel sei hier kurz getreift, was deutsche Vorkämpfer wie Professor C. Meißner im „Tag“ und Professor Satorius von Waltershausen in der „Reichszeitung“ ausgesprochen haben. Nicht mit Unrecht siehe man, so heißt es in der Auslassung des Professor Meißner, aus den Erfahrungen, die wir im Weltkriege machen, einen Beweis für die Nichtigkeit unserer mit Bismarck begonnenen, von Hilow fortgesetzten Wirtschaftspolitik. Diese habe ihren Hauptvorzug darin, daß sie durch eine Verbindung der Schutzzölle mit den Handelsverträgen Landwirtschaft, Handel und Industrie gleichmäßig zu fördern versuche. Wie sehr ihr das gelungen, sei im Kriege bezeugt worden: ohne die unsere Feindschaft und Gesundheit unseres Wirtschaftskörpers würden wir den entscheidenden Krieg nicht so erfolgreich überleben können. Herr Professor Satorius von Waltershausen wies auf das nicht nachahmenswerte Beispiel Englands hin. Dessen Vorkämpfer müsse uns lehren, daß es verfehlt und verwerflich ist, ihm zu folgen. Der Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik sollte stets in Europa liegen, zumal wenn sich der Erdteil in seinen Zoll- und Handelsverträgen ändere. Wir müßten damit unsere Landwirtschaft und unsere ländliche Bevölkerung nicht bloß auf dem Stande der Gegenwart erhalten, sondern sie noch verstärken. Wir wollen kein ausschließliches Schilderwerk sein und werden. Die Wirtschaft unserer Wirtschaftspolitik biete der innere Markt, der Auslandskapitalismus nur den Anhang, soweit für die inländische Verwendung der Gelder kein Bedarf besteht.

Im Ringe Flug geworden, wollen wir uns des rechten Weges noch bewußt bleiben, auf dem wir uns so erfolgreich bewegt haben.

Kapitänleutnant Forstmanns Verdienst

Berlin, 18. August. Zur Verleihung des Ordens Pour le mérite an Kapitänleutnant Forstmann in Anerkennung hervorragender Erfolge im Unterseebootsdienst erhielt das R. Z. B. das Forstmann bisher nicht mehrere als hundert feindliche Schiffe mit 260000 Tonnen, darunter mehrere Kriegsschiffe, Bewachungsdampfer, Kriegsmaterialdampfer und bewaffnete Handelschiffe, versenkt hat. Er hatte in vielen Fällen Gefechte mit bewaffneten Handelsdampfern und wurde die Erfahrung gemacht, die ersten englischen Unterseebootsfahrer. Der Wert der von Forstmann versenkten Kriegsschiffe und Handelschiffe samt ihren Ladungen beläuft sich auf rund 600 Millionen Mark.

Die Otto Weibgen'sche Flotte

Köln, 18. Aug. Die „Chicago Daily News“ hatte auch die von einer Reihe deutscher Flotten übernommene Nachricht gebracht, daß U-Boot Weibgen habe seinen Unternehmung gefunden, als es in den Fremont-Firth einbringend verwickelt habe, um die englische Flotte anzugreifen. Wie die „Times“ mittelt, bemerkt die englische Admiralität diese Nachricht und gibt bei dieser Gelegenheit bekannt, daß das U-Boot „29“ auf offener See gerammt worden und gesunken sei, und zwar von einem S. M. S., während es den Versuch machte, einen Teil der Flotte anzugreifen. Ueber den Charakter des Schiffes gibt das Dementi keine Auskunft.

Gesunken

London, 18. Aug. Nach einer Meldung aus der spanische Dampfer „Magasari“ (5287 Tonne) aum Sinken gebracht worden.

London, 18. Aug. Der russische Dampfer „Kobda“ und die italienischen Segler „Lorenzo Donati“ und „San Antonio“ sind gesunken.

Wieder einmal englischer Postraub

London, 18. August. Die dänische Generalpostdirektion meldet, daß die gestrige Brief- und Paketpost des dänischen Anlaufdampfers „Lüneburg“ auf der Reise von dem Post-Raub nach Kopenhagen von dem englischen U-Booten in Skiddal beschlagnahmt wurde.

Bei Strafe keine aufzuerhebenden Reden halten

Bombay, 16. Aug. Meldung der Erzbischof Telegraphen-Compagny. Der indische Nationalist Tilak ist durch ein militärisches Urteil verurteilt worden, bei Strafe von 45 000 Rupees ein Jahr lang keine aufzuerhebenden Reden zu halten. (Ein letztes Urteil, das allezeit für England unerschütterliche Denkmäler aufstellt.)

Kaiser Franz Josephs Geburtstag

Wien, 18. Aug. Der Geburtstag des Kaisers Franz Joseph wurde in der jungen Monarchie mit außerordentlicher Festlichkeit durch Landesregierungen, Festgottesdienste und mannigfaltige Veranstaltungen für die Kriegsfürsorge begangen. Die öffentlichen und überaus zahlreichen Privatgebäude aller Städte des weiten Reiches und mit Föhnen in den Reichs- und Landesfarben, neben welchen Föhnen der Verkündeten flattern, geschmückt. Alle Wälder ohne Unterschied der Verteilung feiern den Kaiser, dessen Verdienstlichkeit ein einziges Band um seine Nationen schlingt, die mit unermüdetem Eifer zuverlicht und zu leuchten ein in großem Maße das, dem friedliebendsten aller Monarchen aufzunehmenden Kampfes unter seinen Segenswünschen erleben, in der Hoffnung, daß es dem Kaiser vergönnt sein werde, den dem Kriege folgenden Feiertag des Aufkommens der neu erstarrten Monarchie zu erleben.

Der Kaiser wohnte morgens im Schönbrunner Schloß einer stillen Messe bei und nahm vormittags die Glückwünsche der Mitglieder des Kaiserhauses entgegen. Nachmittags fand die übliche Familienstunde beim Monarchen statt. Dem vom Kardinal-Kaplan des Hofes, dem Reichsgottesdienst im Stephansdom wohnten alle Minister und hohen Staatsbediensteten, Vertreter der autonomen Behörden und Körperschaften und ein überaus zahlreiches Publikum bei. Für die Garnisonen fanden in der ganzen Monarchie Festgottesdienste statt, ebenso für die Schuljugend. In den Kirchen und Gottesdiensten aller Orten war eine feierlich gestimmte Menschenmenge dem Gottesdienst bei, der überall mit der Beteiligung der Volkshörner schloß.

Berlin, 18. Aug. In der feierlich erleuchteten Gedächtniskirche wurde heute vormittag die Feier des Geburtstages des Kaisers Franz Joseph begangen. Es waren erschienen: Der Reichsfürst Dr. v. Bethmann-Hollweg, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kaas, Staatssekretär des Innern Dr. Gieseler, der Reichspräsident des Preussischen Staatsministeriums Graf v. Helldorf, Reichspräsident, Justizminister Dr. Bielefeld, der Minister des königlichen Hauses August Graf zu Stolberg u. a. Im Auftrage des Kaisers war Oberbefehlshaber in den Marken Generaloberst v. Kessel, im Auftrage der Kaiserin Kommerberber v. A. Kesselberg erschienen.

Berlin, 18. Aug. An den Kaiser Franz Joseph hat die Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung aus Anlaß seines Geburtstages folgendes Telegramm gerichtet:

Bewegen Siezens rühmten Weltkriegs-Langmars Kaiser heul den Sieg zu ihres Kaisers und Königs Thron. Unger als in friedvoller Zeit führen sie sich ihnen verbunden, reicher bringen sie ihm ihre Liebe und Verehrung. Mit ihnen einen sich in innigen Wünschen und huldigen Grüßen die der Donau-Monarchie verbundenen Fürsten und Völker. Im Kreise der Deutschen bitten auch die Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung, ihrer Sublimen Schutzsucher und Anwalt, gehen zu dürfen. Sie such die Wege, die unsere Kaiser zu immer größerer innerer Annäherung führen, will dem waffenbrüderlichen Bündnis der Staaten ein kulturelles Substanz und Zugbündnis der Volksgemeinschaften, aus ihnen selbst herauszubilden, zur Seite stellen. Der Geburtstag Eurer Majestät ist das höchstheilige Fest, das uns allen ein hoher Anlaß, erneut das vornehmste Ziel zu bekennen. Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung Wehrmuth.

Eine Feier des Geburtstages Kaiser Franz Josephs

Berlin, 18. Aug. In der feierlich erleuchteten Gedächtniskirche fand heute vormittag eine Feier des Geburtstages des Kaisers Franz Joseph statt. Es waren erschienen der Reichsfürst, mehrere Staatssekretäre und Minister, der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst v. Kessel im Auftrage des Kaisers, der österreichisch-ungarische Vizekönig Prinz zu Stolberg nebst Gemahlin mit den Mitgliefern der Hofkapelle, der kirchliche Vizekönig, der bulgarische Gesandte u. a. Das Kaiser-Franz-Joseph-Regiment hatte mehrere Offiziere abgeordnet. Es wurde ein Gottesdienst mit Vortrag des Hochamtes abgehalten.

Asquith's Vertum

Berlin, 18. Aug. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Herr Asquith hat erklärt, daß die englische Regierung beschließen habe, die Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs mit Deutschland nicht zu dulden, bis Genugtuung für die Ermordung Franz Ferdinands gegeben sei. Der englische Ministerpräsident scheint anzunehmen, daß nach Friedensschluß deutscherseits mit Anlaß der Wiederkehr eines englischen Vertreters entgegengehe. Herr Asquith ist in Deutschland sehr man der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit einem Lande sehr feind gegenüber, dessen Staatsmänner und Völker in Verbindung mit dem Verleumdungen Deutschlands wüßten und einen Anlaß an Anstand in Form und Gestalt erkennen lassen, wie er in der Geschichte wohl ohne Beispiel dastet.

London, 18. Aug. Die „Morning Post“ schreibt im Leitartikel: Die Regierung sieht offenbar keine andere Möglichkeit, für den Fall Franz Ferdinands zu nehmen, als den Krieg mit doppelter Energie fortzusetzen und nicht nachzugeben, bis der Feind, der jeden Anbruch auf Erögnung verloren hat, die ganze Witterkeit der Niederlage fühlt. Vielleicht gibt es gar keinen anderen Weg, Frieden zu rufen. Wenn das der Fall ist, so wäre es aber wichtiger und einflussreicher gewesen, wenn Asquith es sich überhaubt versagt hätte, im Parlament Deutschland damit zu drohen, daß der diplomatische Verkehr mit dem Lande nicht wieder aufgenommen werden würde, bis Genugtuung für die Ermordung des Kaisers gegeben ist.

Es ist eine traditionelle Schwäche unseres Landes, Worte für Taten zu nehmen. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre hätten uns davon heilen sollen. Die Kur war aber offenbar noch nicht gründlich genug. Der Premierminister ist im Unterhause eine geharnischte Erklärung ab, nimmt unter lauten Beifall wieder seinen Sitz ein und jeder hat das Gefühl, daß ein großer Sieg gewonnen sei. Dabei hat sich nichts geändert und der Lauf der Ereignisse ist nicht um eines Soares Breite verändert worden.

Unsere Handelsbeziehungen zu den neutralen Staaten

Englisch beherrschte Nachdruckstelle schreibt: Englische Staatsmänner sind mit großem Eifer bemüht, den neutralen Staaten vorzumachen, daß Deutschland mit seinen Verbindungen einen Wirtschaftsbund abschließen im Begriff ist, der den Ausfluß von Waren aus neutralen Ländern vom deutschen Markt zur Folge haben würde. Die Wichtigkeit dieser Ausstellungen ist ohne weiteres klar, man will ein wirtschaftlicher Anstoß an die Handelsbündnisse geben wäre, um dort einen Ersatz für die nach dem Kriege folgende Ausfuhr nach den Ländern der Neutralität zu finden. Daß diese Bemühungen in den neutralen Staaten irgendwelchen Erfolg zu haben dürften, läßt sich nicht annehmen. Es ist an sich schon, trotz aller Versprechungen auf wirtschaftliche Konfektionierung Deutschlands durch einen handelspolitischen Zusammenstoß der Handelsbündnisse im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß in Europa sich nach dem Kriege aus in wirtschaftlicher Beziehung die zwei großen Krieggruppen feindlich gegenüberliegen werden, die jetzt im Kriege miteinander liegen. Wollig ausgeschlossen ist es aber, daß Deutschland handelspolitische Bündnisse abschließen wird, die seinen freien Warenverkehr mit den jetzt neutralen Staaten beeinträchtigen könnten. Ein Land mit einer Warenausfuhr von 10 Milliarden Mark kann nur eine Handelspolitik treiben, die ihm den Warenanstoß mit allen früheren Absatzmärkten sichert. In derartigen Lage befindet sich auch Deutschland. In gar nicht, das über sehr entwicklungsfähige Industrien verfügt, die auf den Weltmarkt angewiesen sind. Daher kann auch unter verbündeten Nachbarn kein Wirtschaftsbund eingehen, der dem Absatz seiner Industrieerzeugnisse auf den neutralen Märkten eine Schranke zieht. Aus diesem Grunde ist man ja auch in den beteiligten Kreisen zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Wirtschaftsbündnis der Neutralität, das die Erlangung der Weltwirtschaftung von Seiten dritter Staaten erleichtert, mit den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Österreich-Ungarns unvereinbar wäre.

Deutschland wird nach dem Kriege bemüht sein, seine Ausfuhr nach den neutralen Staaten wieder auf die frühere Höhe zu bringen, und aus diesem Grunde kann es nicht daran denken, der Einfuhr aus dem neutralen Ausland Schranken zu setzen, die den Fortschritt einer handelspolitischen Beziehung zu den Neutralen verhindern würden. Wir haben hierfür bereits während des Krieges einen stichbaren Beweis geliefert. Mit den Kriegserklärungen waren auch die Handelsverträge mit den uns feindlichen Staaten außer Kraft getreten. Infolgedessen kamen auch die ihnen eingeräumten Zollermäßigungen, die auf dem Wege der Meistbegünstigung den Neutralen zugunsten gekommen waren, in Fortfall. Die neutralen Staaten hatten mithin keinen Anbruch mehr auf die zahlreichen Zollermäßigungen für industrielle Erzeugnisse und Genußmittel, wie sie vor allem in England und Belgien eingeräumt waren. Auch Italien, das jetzt die Geltung des Handelsvertrages mit Deutschland aufgehoben hat, beschloß sehr rasche Handelsverträge, vor allem für Südrussland, um aller Art für seine Industrie. Auch diese Ausweichnisse wären jetzt für die meistbegünstigten Staaten in Fortfall gekommen, wenn nicht der Bundesrat eine Verordnung erlassen hätte, nach der die früher an feindliche Staaten gewährten Vergünstigungen den Neutralen weiter erhalten bleiben. In dieser Hinsicht liegt der Beweis, daß Deutschland gar nicht daran denkt, in Zukunft die Ausfuhr neutraler Länder in irgendeiner Weise zu beschränken. Alle gegenständlichen Behauptungen von englischer Seite sind daher nicht weiter als ein Versuch, Deutschlands künftige Handelspolitik zu verächtlichen und seine Beziehungen zu den neutralen Ländern in England's Interesse zu vergiften.

Österreichisches Urteil über die Lage an der Ostfront

Kopenhagen, 18. Aug. In einer Betrachtung über die Lage an der Ostfront hat die Zeitung „Det Norden“ die Ansicht geäußert, daß die augenblickliche Stille keine seine Andeutung nach irgendeiner Richtung. Am gefährlichsten für die Russen würde ein Einbruch der Flottillen an der Ostfront sein und zwar auf der Linie von Nowel nach Waldimier-Wolnow gegen u. d. Ein solcher Einbruch würde die russische Ostfront in die gefährlichste Lage bringen. Dagegen würde ein Vorstoß gegen Petersburg oder sonst nördlich der Stille dieses Ziel nur langsam erreichen und die Zeit dröhen, ehe die Herbstregnen einsetzen. Somit kann man wohl erwarten, daß die Ostfront in diesem Sinne arbeiten wird. Bis die Winterfröste die Operationen wieder erleichtern, ist noch lange Zeit.

Nach nicht so vollkommen wie bei den Deutschen

In der zweiten Sitzung des Besprechungsraats über die neuen Maßregeln wurde die Besprechungsbesetzung von Sir Edward Grey, Sir John Simon und Sir Charles Stewart kritisiert. Simon trat für das Frauenimmunität ein. Carson und Curzon forderten, daß die Soldaten an der Front und die Matrosen auf den Kriegsschiffen das Wahlrecht ausüben dürfen. Großadmiral Jellicoe erklärte die Schwierigkeiten für unüberwindlich. Sir Grey erklärte, daß eine Frage, das Gelegenes des Wahlrechts in London ist eine Folge des Steigens des Weizenpreises in Europa. — In der Aussprache über den Etat des Munitionsministeriums sagte Oberleutnant Arthur Eber, daß im Munitionswesen noch nicht alles so vollkommen sei, wie bei den Deutschen. Natürlich können die Engländer bei ihrer Selbstaufopferung nicht denselben Standard erreichen wie die Deutschen; aber die Leistungen des Munitionsministeriums seien glänzend. Eberner sagte, daß die Engländer nicht so schwere Munitionsgüter gegen Luftschiffe besitzen wie die Deutschen.

Die neue englische Anleihe

New-York, 18. Aug. (Newer.) Die neue englische Anleihe von 50 Millionen Pfund Sterling wird in Form von Goldnoten am 1. September d. N. ausgeben werden. Es werden dafür amerikanische, kanadische und andere Wertpapiere im Betrage von 50 Millionen Pfund Sterling verwendet. Ein Wertpapiertum übernimmt die Anleihe zu 95 Prozent. England besitzt sich das Recht vor, die Anleihe ganz oder teilweise bis zum 31. August 1917 zum Profit von 0,1 zu rüdgzugeben. Die Anleihe wird dem Publikum zum Preise von 99 angeboten werden.

